Saarlouis Volksblatt

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 10 und 80. Postscheck 30

18 DISSIPANT ATQUE FOVET 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.00.
Zeilenpreis: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0,45 Frk., Deutschland 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 30 Pfg.

Nr. 9 — Saarlouis, Donnerstag, den 12. Januar 1928. — 57. Jahrgang.

Ostfragen.

Polen zu Verhandlungen mit Litauen bereit.

Warschau, 11. Jan. Wie die Blätter melden, beabsichtigt die polnische Regierung, den ersten Schritt zu Verhandlungen mit Litauen zu tun. Die polnische Regierung werde in nächster Zeit der litauischen Regierung Vorschläge über ein Verhandlungsprotokoll entsprechend der Entschließung der Genfer Völkerbundstagung unterbreiten.

Eine Diktatur Woldemaras?

Kowno, 11. Jan. Woldemaras deutschlädt, wie verlautet, auf dem Verordnungswege eine Verfassungsänderung durchzuführen. Nach ein neues Wahlgesetz will er einführen, auf Grund dessen die Seimwahlen ausgeschaltet sein eine Regierungsumbildung vorgenommen werden soll.

Kanton wird aufs schwerste gefährdet.

Berlin, 11. Jan. Einen Hauptteil des Berichtes erstatten das „Berliner Tageblatt" aus Hongkong folgende in Kanton noch nie vor durch die kommunistische Armee unter General Tschangkaischeck aufs schwerste gefährdet, da die Bevölkerung der Stadt mit der Aufgemeldt weiterhin abschneiden. Außerdem ist auch die Stellung des Gesellschaftes der Chaki, Litschischen, von immer heftiger gefährdet, um so mehr, als die Kantonregierung nur noch über geringe Mittel verfügt. Von Kanting ist vorläufig keine Unterstützung zu erwarten. Inzwischen verhandelte Gesellschaften mit der Kantonregierung der Stadt wegen Auflegung einer 10 Millionen Dollarsanleihe, die Kaufmannschaft verlangt aber als Gegenleistung die gänzliche Auflösung der Generalstaaten, wozu Politischen jedoch Mittel fehlen. Es besteht sich in Kanton um rein kommunistische Generalstaaten. Die Angelegenheit hat Aufsehen die Stimmung der chinesischen Bevölkerung aufs äußerste gereizt. Es scheint ein neuer Aufstand der Bevölkerung in der Stadt nicht unmöglich, sondern sogar wahrscheinlich.

Verschärfung der Lage in Nicaragua.

Newyork, 11. Jan. Die aus Managua gemeldet wird, soll die Lage in Nicaragua eine weitere Verschärfung erfahren haben. 11 Mitglieder der Nationalgarde von Nicaragua sind in Camazuli, nahe der Grenze von Honduras zu dem bekannten revolutionären Führer von Honduras, General Paralio, übergetreten. Einem amerikanischen Marineoffizier, der Bataillonen für die nach Camazuli entsandten amerikanischen Regierungstruppen aus Villa-Nanna beschaffen sollte, gelang es bei einer Rückfahrt nicht mehr, in die in Nicaragua befindliche Stadt hereinzufahren. Durch die Truppen des aufständischen Generals Paralio sind sämtliche Telefon- und Telegraphenleitungen unterbrochen worden.

Betrügereien mit Sachlieferungen auf Reparationskonto.

Ein neuer Skandal.

Paris, 11. Jan. Die Blätter berichten von einem neuen Skandalfall, der mit den Sachlieferungen an Frankreich im Zusammenhang stehen soll. Auf Antrag des französischen Ministeriums in seiner Sachlieferungsbehörde Untersuchungen gegen eine Firma Kempf wegen französischer Kaufleute eingeleitet worden. Es handelt sich dabei angeblich um Transaktionen, in der Hauptsache um Lieferungsverträge auf Reparationskonto, die nicht Millionen unrechtmäßiger Gewinne abgewonnen haben, und die eine Verletzung des Dawesplanes und des Wiederaufbauabkommens darstellen sollen. Unter die Empfänger wird von den zuständigen französischen Behörden vorbehaltlos größte Geheimhaltung bewahrt. Während der letzten Tage wurden in den Büros zweifacherer Pariser Firmen Haussuchungen abgehalten, als deren Ergebnis alle vorgefundenen Geschäftsbücher und Dokumente unter Siegel gelegt wurden.

***

Nach der Darstellung des „Matin" wurde von den Betrügern wie folgt verfahren: Die Franzosen erhielten von den Deutschen aus einem Bindestrich der Waren, deren Bezug ihnen von der französischen Regierung auf Reparationskonto gestattet war. Die Franzosen zahlten dem Deutschen, der ihnen gutscheinte Quittungen und von den Deutschen erhielten sie nur kleinere Warenmengen und die Differenz der Waren in Geld zurück. Den Betrügern, die die Franzosen aus der Sache schöpfen, bestand in der Hauptsache in Zollerstattungsgelder, die sie bei Ausführen zahlen hatten, es sich um Betrügereien von zehn Millionen, so daß die Gewinne der Franzosen sehr beträchtlich waren.

Das „Petit Journal" erklärt zu den Betrügereien mit Reparationsleistungen, daß die Betrüger, denen von der französischen Kommission für Reparationslieferungen eine Zuteilung von einer Million Mark zugestanden worden sind, tatsächlich nur für 100 000 Mark Ware sich hätten liefern lassen. Der Rest von 900 000 Mark Ware wurde ihnen von den deutschen Lieferanten nicht geliefert worden. Die Fraktionäre wurden gefälscht und den Beamten planmäßig gemacht, daß die betreffenden Waren tatsächlich eingeschossen seien.

Der „Matin" schließt seine Mitteilungen mit der Bemerkung, die französische Regierung beharre, daß die publizierten Betrügereien, die sich aufgedeckt worden seien und die der deutschen Regierung bekannt seien, dieser als Beweis dienen könnten, um eine Abänderung des Dawesplanes zu verlangen; denn die deutsche Regierung könne geltend machen, daß Frankreich tatsächlich nicht in der Lage sei, die im Dawesplane vorgesehenen Sachlieferungen zu absolvieren.

Berlin, 11. Jan. In den Reparationsverhandlungen berichtet die B. Z. am Mittag: Auch auf deutscher Seite sind von den maßgebenden Stellen in den letzten Monaten Verhandlungen gemacht worden, daß, offenbar auf französische Anregungen hin, zwischen französischen und deutschen Firmen Verhandlungen stattfinden sollen, die vielleicht geeignet zu sein scheinen, die Wege der Vertragsverschließen für die Sachlieferungen aufzulegen. — Darauf ist vom zuständigen Reichsministerium der Verhandlungen eine scharfe Kontrolle erreicht angeordnet worden." Es erscheint das, daß tatsächlich eine Minderer verfolgen, die das Vertrauen zu den von den zuständigen Stellen bevorzugten Firmen nicht erschüttern. Die in Frage kommenden Geschäftsleuten sind von der neuen Sachlieferung ausgeschlossen worden und es wird angenommen, daß Reichsministerium die Frage erprüft, ob eine tatsächliche Verfolgung vorzunehmen werden wird.

Argentinien und der Völkerbund.

Paris, 11. Jan. Wie der zur Zeit in Paris weilende argentinische Außenminister Gallardo einem Vertreter des „Petit Parisien" erklärte, hofft er, daß Argentinien noch in Laufe dieses Jahres, spätestens schon im September, in den Völkerbund eintreten wird. Infolge der schlechten Organisation der parlamentarischen Rebellen konnte bisher der Beschluß der argentinischen Regierung, dem Völkerbund wieder beizutreten, nicht ratifiziert werden, jedoch sei sie, wie in auch schon von uns vor einiger Zeit berichtet wurde, der Ansicht, die ausmärkige Angelegenheiten ziemlich günstig gestaltet.

Das Kapitalsaufsuchgesetz in Frankreich unterzeichnet.

Paris, 11. Jan. Im gestrigen Ministerrat unterzeichnete Poincaré Finanzminister Caillaux einen Erlaß für die Finanzamt des Seine-Departements, der die Ausführung des Gesetzes über die Kapitalsaufsuchung und Nachzahlungen. Wie im französischen Ministerium bekannt wird, bleibt die Bestimmung über die Kapitalsaufsuchung vorläufig weiter bestehen. Für Reisende, die Frankreich verlassen, gilt noch wie vor die Bestimmung, daß sie nicht mehr als 5000 Franken bei sich tragen dürfen. Gleichzeitig hatte der Finanzminister Verhandlungen mit den französischen Markt unterzogen.

Der Papst gegen einen Weltkirchenbund.

Rom, 11. Jan. In einer Enzyklika des Papstes nimmt dieser Stellung zu den Weltkirchen-Bund-Plan. Die religiösen Einigungsbestrebungen unseren christlichen Kirchen begeistern er als irrigerweise und wendet sich gegen eine Vereinigung der Völker auf diesem Gebiet, weil dadurch beabsichtigt werde, den katholischen Glauben zu erschüttern. Die Forderungen der Christen dürfen dem Glauben nicht zum Schaden gereichen. Am Schluß bezeichnet der Papst eine Glaubensgemeinschaft, in der jeder in Glaubensfragen denken könne, wie er wolle, als unmöglich. Die Christen gipfelt in einem Appell an die treuen Söhne, zur katholischen Kirche zurückzukehren.

Innerdeutsche Politik.

Ein Rückblick auf die innerpolitische Arbeit des Zentrums im vergangenen Jahre.

II.

E. S. Saarlouis, 11. Januar 1928.

Es war eine der ersten Leistungen bei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Marx bestehenden Regierung im vergangenen Jahre, den vorläufigen Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern fertigzustellen. Im April 27 wurde zunächst ein Provisorium für zwei Jahre geschaffen. Die Reich, Länder und Gemeinden unter einen Hut zu bringen, war nicht einfach, denn eine theoretische und alle Beteiligten befriedigende Lösung gibt es in solchen Dingen nicht. Die Umwandlung dieses Provisoriums in einen endgültigen Finanzausgleich hängt eng mit der Neuregelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zusammen. Weder blieb Frage, von der zu wünschen bleibt, daß hier durch die Verhandlungen zu Berlin einer Lösung näher gebracht wird, haben wir bereits gestern eingehende Ausführungen gemacht.

Noch unerledigt ist das Gesetz über die Regelung der Liquidationsschäden. Man hat bei der Beratung der Vorlage mit vielen Schwierigkeiten geerbelitt, mit denen allein niemand gefaßten werden kann. Noch immer warten die letzten auf Geldes für die Schäden, die ihnen durch die Vernichtung des Eigentums im feindlichen Land entstanden sind. Es bleibt, als ob der sehr vorliegende Gesetzentwurf eine Einigung unter den Parteien finden wird.

Großes Aufsehen erregte die Zustimmung der Zentrumsfraktion des Reichstages im vergangenen Jahre, in der angezeigt wurde, als die Reichsregierung bereit sei, einen Reichspräsidenten zu wählen. Auf die wichtigen Gründe, die hierzu geführt haben, haben wir wiederholt hingewiesen. Es ist das damit die lange, unabänderliche Kandidatenliste, die zu leidlichen und unliebsamen Folgerungen führt. Man muß sich weiter für die Aufgabe der Reichsliste verwenden, die die unverantwortliche Einrichtung ist, die sich bereits 1924 Geschichte hat und bereits Opfern nach der Kaufseite, daß es die zählig überflüssigen, weil nicht entwicklungsfähigen Splitterparteien direkt und indirekt fördert. Unsere Partei wird hierauf bedacht sein, wenn es in dieser Session nicht mehr möglich ist, den neuen Reichstag unverzüglich ein Gesetz zu einer Wahlrechtsreform vorzulegen, wird, der u. E. zugleich das Wahlrecht hinausführen müßte.

Eine Fortschritte machten die Sozialpolitikerarbeiten. Angenehmlich erfährt das Gesetz im Reichstagsausschuß unter Zuziehung von Mitgliedern des Reichsrates eine gründliche Durcharbeitung; denn mit uns zugleich reformiert auch Österreich sein Strafrecht. Was man auch die verschiedenen Bestrebungen der beiden Länder verstehen, man wird nicht hinterziehen können, daß ein Gebiet des öffentlichen Lebens auch dem andern in den beiden benachbarten Staaten gleich gestaltet wird und schließlich kein Unterschied mehr zwischen deutschen und österreichischen Recht, Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung ist. Die Gesetzgebung werden von selbst verschwinden, wenn in Deutschland und in Oesterreich alles einheitlich geregelt ist.

Wir sprachen in unserem ersten Artikel von den heftigen Kämpfen um das Reichsschulgesetz, aus denen deutlich wird, daß die politischen Parteien auch heute noch ihren Kopf gerichtet als Weltanschauungsparteien betrachten und auch bewahren wollen. Diese Extremisten war wohl auch ein Grund mit zu der Wiedervereinigung des Zentrums mit der Bayerischen Volkspartei zu einer Arbeitsgemeinschaft. Die Regierungsbildungen zwischen diesen beiden Parteien sind ein Schritt vorwärts zur willigen politischen Wiedervereinigung des bayerischen Katholizismus. Die beiden Parteien werden gemeinsam in den Wahlkampf ziehen, und da wird es hoffentlich möglich sein, daß im Feuer des Wahlkampfes sie wieder zu der einen und einzigen Zentrumspartei zusammenschmelzen. Das ist wider